



Informationsbrief

Ausgabe 04/2016



Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Aufnahme der A20 in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist ein großer Erfolg für die Verfechter und Befürworter der Küstenautobahn – und somit auch für unseren Verein. Begleitet wird sie von politischem Störfeuer aus dem Lager der Gegner. So stellten die Grünen im August 2016 ein so genanntes Gutachten vor, dass angeblich den Sinn und Nutzen der A20 aus den Angeln heben kann – verbunden mit einer neuen Offensive der Gegner. Die nehmen insbesondere den niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies in die Zange; der ist bekanntlich ein Verfechter der A20.

Besagtes Gutachten muss inhaltlich nicht sonderlich ernst genommen werden. Das hat unter anderem Minister Lies unterstrichen. Aber es zeigt, dass wir als Unterstützer der Küstenautobahn weiterhin damit rechnen müssen, dass Sand ins Getriebe gestreut werden soll. Folgerichtig dürfen auch wir nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen unermüdlich über die Vorteile und Wichtigkeit der A20 informieren und entsprechende Netzwerke knüpfen. Dazu sind wir als Förderverein Pro A20 e.V. bereit und hoffen dabei nach wie vor auf Ihre Hilfe.

Werben Sie Mitglieder!
Geben Sie uns ein „Gefällt mir“ auf Facebook!
Verbreiten Sie unsere Themen-Flyer!

Wir wünschen Ihnen wieder eine informative Lektüre. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge, Lob und Tadel haben wir stets ein offenes Ohr. Bitte wenden Sie sich gegebenenfalls an unsere Geschäftsstelle.

Eine kurze Sonderausgabe unseres Infobriefes erscheint im Dezember 2016.

Der Vorstand

Förderverein aktiv

Parlamentarischer Beirat des Fördervereins Pro A20 e.V.:

MdL Astrid Vockert bleibt Vorsitzende

* Verkehrsminister Lies als Stellvertreter bestätigt

Astrid Vockert bleibt Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates des Fördervereins Pro A20 e.V. Auf der Mitgliederversammlung in Hannover wurde die CDU-Landtagsabgeordnete einstimmig in ihrem Amt bestätigt.

Keine Gegenstimmen gab es auch bei der Wahl ihres Stellvertreters Olaf Lies. Der Sozialdemokrat ist Niedersachsens Wirtschafts- und Verkehrsminister.

Dem Parlamentarischen Beirat gehören Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete (auch ehemalige) deren Wahlkreis sich im Untersuchungsraum der Küstenautobahn befindet an, die die A20 befürworten und ihren möglichst schnellen Bau unterstützen. Diese Politikerinnen und Politiker sind Mitglieder der SPD, der CDU oder der FDP.

In ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 2014 bis 2016 ging Astrid Vockert auf zahlreiche Aktivitäten des Parlamentarischen Beirates ein. Darunter waren unter anderem diverse Anfragen in Länderparlamenten, die vom Parlamentarischen Beirat flankiert wurden.

Besonders stellte die Vorsitzende die Veranstaltungsreihe „10 x 11,3 km“ heraus, die sich in ihrer dritten Auflage schwerpunktmäßig mit den Vorteilen der Küstenautobahn für das mittelständische Handwerk befasst.

Die Veranstaltungsreihe endet voraussichtlich im Frühjahr 2017 im Raum Loxstedt und soll im Anschluss nach den Vorstellungen des Parlamentarischen Beirates in die vierte Neuauflage münden. Dann könnte es um den Zusammenhang zwischen dem Bau der A20 und der Tourismuswirtschaft gehen.

Aus Sicht des Parlamentarischen Beirates ist die Aufnahme der A20 in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes ein großer Erfolg. „Aber wir dürfen nun auch in unserem parlamentarischen Druck zu Gunsten des wichtigsten norddeutschen Verkehrsinfrastruktur-Projektes nicht nachlassen“, appelliert Astrid Vockert.

A20 – zum Stand der Dinge

„Gesehen-Vermerk“ des Bundes:

Zweiter Bauabschnitt wird konkreter

Seit dem 28. September liegt dem Land der so genannte „Gesehen-Vermerk“ des Bundesverkehrsministeriums für den 2. Bauabschnitt der A20 im Bereich östlich der A29 bei Jaderberg bis zur B 437 bei Schwei vor. Das bedeutet

grünes Licht für ein Planfeststellungsverfahren und die Schaffung von Baurecht.

Hierzu erklärt der niedersächsische Verkehrsminister Olaf Lies:

„Der Gesehen-Vermerk des Bundesverkehrsministeriums für den 2. Bauabschnitt ist ein wichtiger Meilenstein für den Bau der A20, den wir als Land unvermindert vorantreiben. Der Vermerk bedeutet auch, dass unsere Straßenplaner in Niedersachsen sorgfältig gearbeitet und dem Bund eine gute und schlüssige Vorplanung für den Abschnitt von Jaderberg bis Schwei vorgelegt haben.

Der Bund hat unsere Vorplanung jetzt ausdrücklich akzeptiert, darüber freue ich mich sehr.

Mit dem genehmigten Entwurf gibt es nun die verbindliche Grundlage, um für den 2. Bauabschnitt die Planfeststellungsunterlagen zu erstellen. Beim 1. Bauabschnitt der A 20 westlich von Jaderberg sind wir mit der Planung natürlich schon weiter. Dort streben wir einen Baubeginn im Jahr 2018 an. Auch für unsere anderen Infrastrukturprojekte in Niedersachsen gilt: Wir arbeiten sehr konkret an Möglichkeiten, die Planungen zu beschleunigen. Der Bundesverkehrswegeplan bietet für Niedersachsen großartige Perspektiven, die wir auch entschlossen nutzen werden.“

Auf schleswig-holsteinischer Seite hat das Land den Abschnitt zwischen dem neuen Autobahnkreuz A7 bei Bad Bramstedt und Wittenborn überarbeitet. Die Akten werden ab dem 20. Oktober ausgelegt. Das Ganze ist als weiterer Schritt gedacht, damit die A20 bei Bad Segeberg in Richtung Westen weiter gebaut werden kann.

Unterstützer der A20

Wirtschaftsstandort Brunsbüttel stärken:
Küstenautobahn ist dafür wichtig

Eine bessere Infrastruktur auf der Straße und hier schwerpunktmäßig der Bau der A20 gehörten zu den Themen einer Diskussionsveranstaltung über den Wirtschaftsstandort Brunsbüttel. Veranstalter war der SPD-Kreisverband Dithmarschen. Für die Küstenautobahn sprachen sich unter anderem Vorsitzender Uwe Polkaehn vom DGB-Bezirk Nord, Vorsitzender Lutz Bitomsky vom Unternehmensverband Unterelbe-Westküste und Frank Schnabel, Sprecher der Werkleiterrunde, aus.

„Maritime Roadshow" zu Gast in Bamberg: Auch der Süden braucht die A20!

Dass auch der Süden ein Interesse an einer besseren Verkehrsinfrastruktur im Norden hat, wurde während der "Maritimen Roadshow 2016" deutlich, die im Juli in Bamberg in Bayern Station machte.

Teilnehmer waren auch Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Hermann und Frank Horch, Hamburgs Wirtschafts- und Verkehrssenator.

Eingeladen hatten die IHK für Oberfranken Bayreuth und die IHK Nord, der Zusammenschluss von zwölf norddeutschen Industrie- und Handelskammern. Dabei wurde zum Beispiel deutlich: Mit einer Exportquote von mehr als 50 Prozent ist die oberfränkische Wirtschaft auf effiziente Transportketten zu den deutschen Seehäfen angewiesen. Bis 2030 werden nach Berechnungen der IHK für Oberfranken Bayreuth Güter aus Oberfranken im Wert von 12,1 Milliarden Euro über die deutschen Seehäfen in alle Welt gelangen.

Auf der anderen Seite haben auch die deutschen Seehäfen ein lebhaftes Interesse an einem funktionierenden Verkehrskorridor nach Oberfranken. Denn Bayern ist für sie der größte Markt.

Gemeinsam setzen sich die IHK für Oberfranken Bayreuth und die IHK Nord unter anderem für die A20 ein.

www.ihk-nord.de

Niedersachsens FDP-Fraktionschef Dürr: „Ministerpräsident Weil muss Machtwort sprechen“

Christian Dürr, Vorsitzender der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, hat im Juli in einem Interview mit dem "Weser Kurier" die Notwendigkeit der A20 unterstrichen und den Ministerpräsidenten aufgefordert, ein "Machtwort" zu sprechen. Damit spielt der FDP-Politiker auf das von den Grünen in Auftrag gegebene Gutachten zur A20 an, das dieses Projekt erwartungsgemäß (siehe Auftraggeber) negativ bewertet.

Dürr begründet seine Forderung nach einem Machtwort so: "Das Geld aus Berlin für die A20 ist ja keineswegs sicher. Wenn wir mit der Planung nicht vorankommen, wird am Ende auch die Bundesregierung keine Mittel bereitstellen. Stephan Weil darf sich also nicht zurücklehnen und die Grünen gewähren lassen."

Dürr verweist mit Blick auf die A20 darauf, dass es seinerzeit auch bei der A31 Zweifel gegeben habe. Die Region dort habe aber zusammengestanden. "Am Ende wurde die A31 doch gebaut und ist längst ein Riesenerfolg. Das wird bei der A20 nicht anders. Wirtschaft und Bevölkerung wollen das Projekt. Nur die Grünen lehnen es aus ideologischen Gründen ab."

IHK-Hauptgeschäftsführerin Bielfeldt:

Neue Betriebsansiedlungen dank der A20

Während der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum hat Hauptgeschäftsführerin Maike Bielfeldt die Notwendigkeit des Baus der A20 unterstrichen: „Wir setzen darauf, dass sich entlang dieser Trasse auch im südlichen Bereich des Landkreises neue Betriebe ansiedeln.“

Der Kammerbezirk der IHK Stade umfasst Cuxhaven, Stade, Rotenburg (Wümme), Osterholz und Verden. Diese Kammer hat 47.000 Mitglieder.

Freie Wähler wollen die Küstenautobahn:

Zustimmung auch von den „Neuen Liberalen“

Die Freien Wähler im Landkreis Cuxhaven haben sich für den Bau der A20 ausgesprochen. Sie führe unter anderem zu einer schnelleren Verbindung zum Großraum Hamburg. Ebenfalls ein klares „Ja“ kommt von den „Neuen Liberalen“, einer im Herbst 2014 gegründeten und unter anderem im Cuxland aktive neue Partei. Die A20 fördere Arbeitsplätze und die Mobilität der Bürger.

Niedersächsischer Hafentag in Brake:

A20 als wichtiges Projekt thematisiert

Niedersächsischer Hafentag Anfang September in Brake: Auch der Nutzen der A20 war immer wieder Thema. Unter anderem wurde er von Wirtschaftsminister Olaf Lies und der Seaports-Geschäftsführerin Inke Onnen-Lübben unterstrichen.

Karsten Dirks, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsische Seehäfen, stellte fest: „Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung der Seehäfen in Niedersachsen ist Niedersachsen mit zentralen Projekten wie der Küstenautobahn sehr gut positioniert.“ Daher müssten Bund und Land in ihren Planungsbehörden weitere Kapazitäten für eine schnelle Umsetzung der Projekte aufbauen.

Minister Lies sprach davon, dass die A20 eine "wesentliche Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Seehäfen" sei.

Verkehrspolitik allgemein

Kürzere Planungs- und Genehmigungsverfahren:

Bundesverkehrsminister startet "Innovationsforum"

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat im Juli in Berlin das "Innovationsforum Planungsbeschleunigung" gestartet. Ziel der

Expertenrunde: Es soll ausgelotet werden, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte verkürzt werden können. Das Innovationsforum ist ein Think Tank, um die Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten in Deutschland zu beschleunigen. Teilnehmer sind Vertreter aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Bis zum Frühjahr 2017 wird das Innovationsforum Empfehlungen vorlegen, insbesondere zu:

Optimierung von Verwaltungsabläufen, zum Beispiel Bündelung behördlicher Kompetenzen, bessere behördliche Zusammenarbeit, Abschaffung von Doppelprüfungen, Digitalisierung der Verfahren. Optimierung naturschutzrechtlicher Prüfungen, zum Beispiel stärkere Standardisierung, Vereinheitlichung von Mess- und Kartierungsmethoden.

Das "Innovationsforum Planungsbeschleunigung" knüpft an die Arbeit der "Reformkommission Großprojekte" an. Die von ihr erarbeiteten Vorschläge für termin- und kostengerechtes Planen und Bauen von Großprojekten (zum Beispiel durch Building Information Modeling; BIM) werden bereits umgesetzt.

Wirtschaftsmagazin „Markt und Mittelstand“:

Marode Verkehrsinfrastruktur als Titelthema

In der Titelgeschichte seiner Ausgabe Juli/August berichtet das Wirtschaftsmagazin "Markt und Mittelstand" über die marode Verkehrsinfrastruktur - und darüber, wie die Unternehmen hierzulande durch sie ausgebremst werden.

Es werde nach wie vor viel zu wenig Geld in diesem Bereich investiert. Außerdem müssten die Strukturen für die Planung und Umsetzung der Projekte unbedingt überdacht werden, heißt es.

Unter anderem wird in dem Artikel bedauert, dass Verkehrspolitik ein schlechtes Image habe. Wer sich für eine bessere Verkehrsinfrastruktur einsetze, könne sich öffentlichen Widerstandes und Spottes sicher sein.

www.marktundmittelstand.de

„Hamburger Abendblatt“ zum Metropolen-Wachstum:

Bemerkenswerter Kommentar von Oliver Schirg

"(...) Wenn nur ansatzweise stimmt, was Städteforscher weltweit beobachten - ein rasantes Wachstum von Metropolen inklusive ihrer Vernetzung untereinander - , dann kommen wir gar nicht um eine Ertüchtigung der Verkehrswege herum. (...)

(...) Dass Elektroautos zum Standard werden, ist nicht eine Frage des Ob, sondern des Wann. Viele Probleme, die Autos heute verursachen, Lärm oder Gestank beispielsweise, wird es dann nicht mehr geben.

Ausgebaute gute Verkehrsstrassen allerdings werden auch dann noch notwendig sein."

Oliver Schirg, "Hamburger Abendblatt", 4. August, Überschrift: "Ein Plan für die Zukunft: Die Milliarden für die Verkehrsinfrastruktur des Nordens sind gut angelegt"

Deutscher Speditions- und Logistikverband: Dogmatisches Durchsetzen von Klimaschutzzielen falscher Weg!

Der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLTV) warnt vor einer überzogenen Umweltregulierung des Logistiksektors zur Verwirklichung ambitionierter Emissionsschutzziele. Er verweist auf die spezifischen Reduktionserfolge moderner Antriebstechnologien und auf erhebliche Effizienzanstrengungen der Logistik.

Der DSLTV: „Die Spedition hat kein emotionales Verhältnis zu fossilen Kraftstoffen und ist technikneutral, wenn die wirtschaftlichen Parameter stimmen.“

Es sei deshalb dringend erforderlich, dass die Bundesregierung den Versorgungsauftrag des Verkehrssektors für Industrie, Handel und Gesellschaft bei der Neubewertung des Klimaschutzplans 2050 berücksichtigt und realistische Voraussetzungen für eine kombinierte Verkehrs- und Energiewende schaffe.

Spedition und Logistik seien bereit, ihren Beitrag zu leisten. Eine dogmatische Durchsetzung von Klimaschutzzielen sei jedoch der falsche Weg.

www.dslv.org

Infrastruktur-Initiative Pro Mobilität:

Noch höherer Straßenbauprojekte-Nutzen erwartet

Der Nutzen der Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan (darunter die A20) wird sogar noch höher sein als bisher erwartet. Davon ist Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V. überzeugt.

Präsident Eduard Oswald: "Nach der jüngsten Kurzfristprognose im Auftrag der Bundesregierung wird der Verkehr mit Autos und Bussen schon 2017 die im Bedarfsplan erst für 2030 prognostizierten Werte übertreffen. Auch das Stau-Niveau erreicht Jahr für Jahr neue Rekordwerte."

Forderungen von Umweltverbänden nach einer drastischen Streichung bei Straßenbauprojekten weist Oswald zurück. Denn der Bundesverkehrswegeplan orientiere sich am realen Verkehrsgeschehen und dem Mobilitätsverhalten der Menschen. Schon in der Vergangenheit hätten

sich weitreichende politische Verlagerungshoffnungen auf andere Verkehrswege nicht erfüllt. Eduard Oswald: „Weiter zunehmende Staus wegen unterlassener Engpassbeseitigung schaden dem Klimaschutz durch höhere Emissionen und führen zu noch höheren Zeitverlusten für die Bürger und die Unternehmen.“

www.promobilitaet.de

Ranking des Weltwirtschaftsforums:

Deutschland bei Qualität des Straßennetzes abgehängt

Deutschlands Straßennetz fällt im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Dies zeigt das Ende September veröffentlichte Ranking des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit. Lag die Qualität der deutschen Straßen in 2008 mit Platz 4 noch in der Spitzengruppe in der Welt, reichte es 2016 nur noch zu Platz 16. Gegenüber dem Vorjahr wurden drei Plätze eingebüßt.

Auch bei Schienenwegen, Häfen und Flughäfen ist die deutsche Verkehrsinfrastruktur nicht mehr unter den Top 10 vertreten. „Die kritische Bewertung des deutschen Straßennetzes durch führende Manager ist das Spiegelbild gesperrter Brücken und zunehmender Staus“, kommentierte Eduard Oswald, Präsident des Infrastrukturverbandes Pro Mobilität, das Ergebnis. „Nach der Investitionswende des Bundes bei den Fernstraßen müssen nun die Länder und Kommunen bei ihren Netzen folgen“.

Die Trendwende bei der Finanzierung der Bundesverkehrswege muss erst noch in den Projekten ankommen, damit sie sich in Standortrankings niederschlägt. Doch dazu bedarf es auch der Flankierung auf Ebene der Länder und Kommunen. Schließlich ist die Verkehrsinfrastruktur der zweitwichtigste Standortfaktor bei der Bewertung der wirtschaftlichen Attraktivität von Regionen. Nach einer KfW-Studie von 2014 folgt sie direkt auf die Verfügbarkeit von Fachkräften.

In einer Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) hatten in diesem Sommer knapp 30 Prozent der Handwerksbetriebe den Zustand der Straßeninfrastruktur mit mangelhaft oder gerade noch ausreichend bewertet. Die Betriebe bezifferten den durchschnittlichen Zeitverlust durch den schlechten Zustand der Straßen auf 7,4 Stunden pro Woche.

www.promobilitaet.de

Handelsverband Deutschland:

Einzelhandel braucht gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur

Angesichts der Diskussionen um den Bundesverkehrswegeplan fordert der Handelsverband Deutschland (HDE) den effizienten Ausbau der Infrastruktur

in Deutschland.

„Der Einzelhandel ist sowohl für seine Kunden als auch für seinen Lieferverkehr auf gut ausgebaute und zukunftsfähige Infrastruktur angewiesen“, so HDE-Bereichsleiter Michael Reink.

Der Wirtschaftsverkehr dürfe nicht durch Beschränkungen behindert werden. Das Gleichgewicht zwischen den vom Umweltministerium geforderten CO₂-Reduzierungen und funktionsfähigen Verkehrsströmen müsse stimmen.

Ein positiver Umwelteffekt sei mit der Modernisierung von Straßen und der Erneuerung von Belägen erreichbar.

www.einzelhandel.de